



Rendsburg, 12. Oktober 2011

Pressemitteilung

Schwarz: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

„Endlich ist klar, was die EU-Kommission wirklich will“, sagte der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, Werner Schwarz, am Mittwoch (12. 10. 11) auf seinem Hof in Rethwisch, Kreis Stormarn, in einer ersten Stellungnahme vor Medienvertretern. Unmittelbar zuvor hatte EU-Kommissar Dacian Ciolos in Brüssel die Pläne seines Hauses zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für den Zeitraum nach 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Seit Monaten waren immer neue Bruchstücke des Reformpaketes durchgesickert.

Der Präsident sprach sich nachdrücklich dafür aus, die Direktzahlungen in voller Höhe zu erhalten. Die Kommission plane, diese für Deutschland um 4 % abzusenken – und zwar von derzeit jährlich 5,37 Mrd. € auf 5,16 Mrd. € ab dem Jahr 2017. Damit gingen den deutschen Bauern dann rund 200 Mio. € Direktzahlungen verloren. Das sei schwer zu verkraften, da die Direktzahlungen eine wesentliche Säule des Einkommens der Landwirte bildeten und der Ausgleich für die hohen Produktionsstandards seien. Schwarz erkannte jedoch an, dass die geplante Umverteilung der Finanzmittel zwischen alten und neuen EU-Mitgliedstaaten nach den jetzigen Vorstellungen der Kommission moderater ausfallen würde als bislang vermutet worden war.

Schwarz betonte Nachhaltigkeit, Naturschutz und Greening seien wichtige Ziele der EU-Agrarpolitik. Doch er äußerte erhebliche Zweifel daran, dass diese mit den jetzt von EU-Kommissar Ciolos vorgeschlagenen Maßnahmen zu erreichen seien. So sollen u.a. mindestens drei verschiedene Kulturarten bis zu einem bestimmten Umfang angebaut werden. „Wer soll das kontrollieren“, fragte Schwarz und befürchtet ein Bürokratiemonster. Zudem würde das die Futterbaubetriebe in die Enge treiben. Auch die von Brüssel vorgesehene Herausnahme von 7 % der Produktionsfläche aus der

landwirtschaftlichen Nutzung passe angesichts des Flächenbedarfs zum Zwecke der Ernährungssicherung und der Energieerzeugung nicht in die Welt und sei „völlig kontraproduktiv“.

Ebenfalls abzulehnen sei nach den Worten von Schwarz eine Kappung der Direktzahlungen ab einem bestimmten Betrag. Die Zahlungen sollen Leistungen für Umwelt- und Klimaschutz ausgleichen, die die Gesellschaft von den Bauern fordert – und diese werden unabhängig von der Betriebsgröße erbracht, argumentierte Schwarz.

Die Reformpläne müssten bis Ende 2012 noch von den Mitgliedstaaten und vom EU-Parlament beschlossen werden. Die Debatte gehe nun in die nächste Runde, ja sie fange erst richtig an, brachte Schwarz den Berufsstand in Stellung. „Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.“

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne:
Klaus Dahmke • Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
k.dahmke@bvsh.net
Telefon 04331/12 77-21 • Fax 04331/2 61 05
Mobil 0171/9727 332

Postanschrift
Postfach 821
24758 Rendsburg
www.bvsh.net